

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Andreas Roll (Ludwigsburg KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 96 bis 97 einfügen:

eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden. Wir setzen uns für den Erhalt der freien und eigenverantwortlichen Impfentscheidung ein. Dabei fordern wir auch den freien Zugang zu Kindergärten, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen unabhängig vom Impfbuch. Eltern wollen für ihr Kind das Beste und dürfen diese Entscheidung gut informiert selbst treffen. Dabei werden sie von ihren Hausärztinnen und -ärzten unterstützt.

Begründung

Wir Grüne sind auch eine Partei des Gesundheits- und Verbraucherschutzes. Die freie Entscheidung für oder gegen eine Impfung muss erhalten bleiben. Wir lehnen eine gesetzliche Impfpflicht ab. Das Recht auf Gesundheit und Unversehrtheit ist ein wertvolles Grundrecht und darf nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Grüne Politik fördert den mündigen Bürger und respektiert die Entscheidung der Bürger*innen, ob als Eltern für ihre Kinder oder für sich selbst.

Unterstützer*innen

Isolde Riede (Bodenseekreis KV); Sylvia Momsen (Frankfurt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Monika Göpper (Mecklenburgische Seenplatte KV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Robert Neuhauser (Augsburg-Land KV); Martin Drees (Plön KV); Günther Egidi (Bremen-Nordost KV); Elisabeth Kömm-Häfner (Heidenheim KV); Klaus Witzmann (Calw KV); Anja Wirtherle (Odenwald-Kraichgau KV); Christian Selent (Tübingen KV); Johannes Spatz (Berlin-Kreisfrei KV); Rudolf Haug (Biberach KV); Claudia Wagner (Aalen-Ellwangen KV); Eike Heinicke (Kaiserslautern-Land KV); Andrea Menschick (Böblingen KV); Michael Ehm (Waldshut KV); Sabine von zur Mühlen (Wetterau KV); Andrea Sülzle (Biberach KV); Manuela Grochowiak-Schmieding (Lippe KV)